

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 65 (1986)  
**Heft:** 5  
  
**Rubrik:** SP-News

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

der mit den Hauptströmungen der amerikanischen Politik parallel läuft . . .

Kissinger rät, mit wenigen, ausgesuchten Amerikanern, die «verkleidet» sein müssten, deutsche Universitäten, Stiftungen, Zeitungen oder ähnliche Organisationen zu unterwandern: «Austauschprogramme sind zweifellos nützlich. Auf der anderen Seite könnte die deutsche Jugend durch eine Zahl von jungen Amerikanern effektiver erreicht werden, die strategisch in Schlüsseluniversitäten untergebracht werden.»

Die Unterwanderung soll sogar weiter gehen: «In Deutschland gibt es einen grossen unterschwelligen Hass auf die Sowjetunion, der von denjenigen, die aus Ostdeutschland vertrieben wurden, und von den ehemaligen Kriegsgefangenen, die in Russland waren, und vom russischen Verhalten in Ostdeutschland am Leben erhalten wird. Trotzdem kann dieses Gefühl keine Form des Ausdrucks finden, weil es unorganisiert ist und keinen Fokus findet. Es sollte möglich sein, deutsche Organisationen zu fördern, um diese Gefühle zu lenken. Vereinigungen von früheren Kriegsgefangenen, die vielleicht heimlich ohnehin existieren, könnten exzellente Träger werden. Auch das Problem existiert, Einfluss auf Veteranengruppen zu gewinnen . . . Wenn Amerika diese Gruppen nicht benutzt, so werden sie von den Kommunisten infiltriert werden.»

Und dann gibt Kissinger schriftlich, was Jahrzehnte gemunkelt wurde: «Amerikanische Propaganda in Deutschland hat zu verschiedenen Zeiten folgende Themen angewandt:

a) Die sowjetische Gefahr ist übertrieben und deutsche Angst deshalb unbegründet.

b) Schlechte sowjetische Intentionen sind von sich aus so of-

fensichtlich, das kaum ein Grund besteht, sie zu diskutieren.

c) Der Friedensvertrag und die Wiederbewaffnung sind logische Kosequenzen aus der Politik der «Eindämmung».

d) Die UdSSR ist so stark, dass eine Verteidigung Europas ohne deutsche Divisionen unmöglich sein wird, und dass die USA gezwungen sein könnten, Deutschland ohne einen Verteidigungsbeitrag aufzugeben.»

Kissinger bemängelt diese Propaganda: «Die Alternativen wurden unkorrekt aufgezählt. Entweder ein deutscher Verteidigungsbeitrag und eine amerikanische Verteidigung von Europa, oder ein «neutrales Deutschland», das vielleicht besetzt, um das aber nicht gekämpft würde. Dies hat die SPD, die rechten Gruppen und die sowjetische Propaganda in die Lage versetzt, mit deutscher Kriegsmüdigkeit zu spielen; die ständige Wiederholung dessen wurde mehr und mehr wirksam . . . Das Problem kann auch nicht behandelt werden, indem man ständig starke Argumente bringt und die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages lenkt. Starke Argumente bestärken nur deutsche Ängste über die Schwäche der Vereinigten Staaten und ihre eigene Impotenz gegenüber der Sowjetunion.»

Kissinger liebt das Wort Impotenz. Sein Vorschlag, Amerikas Position in Deutschland zu verbessern: «Entweder einen deutschen Beitrag zur Verteidigung von Deutschland und daher etwas an Mitbestimmung über seine Zukunft – oder eine Verteidigung von Deutschland als nichts anderem als einem impotenten Gegenstand der Politik.»

Wer immer noch nicht – jetzt, 1986 – weiss, welche Rolle die Bundesrepublik in gewissen amerikanischen Augen spielt,

braucht sich nur Kissingers 1952 zu Papier gebrachtes Fazit zu merken. Er gibt zu, Amerika müsse die Initiative im «Krieg der Ideen» wiedergewinnen. «Das Hauptproblem für Deutschland besteht nicht darin, einen Krieg zu vermeiden, da eine solche Entscheidung von vielen Faktoren ausserhalb deutscher Kontrolle abhängen wird, hauptsächlich von der Einschätzung der existierenden totalen Machtverhältnisse durch die Sowjetunion. Hauptproblem für Deutschland ist es, etwas an Mitbestimmung über sein Schicksal zu erlangen und im Falle eines Krieges etwas an Macht, um Ereignisse zu beeinflussen. Es ist nicht sicher, ob Deutschland einen anderen Krieg überleben würde, aber es ist fast sicher, dass es nicht eine weitere Generation als ein impotentes Objekt der Politik anderer überleben könnte.»

## SP-News

SPI. Johannes Rau, Kanzlerkandidat der SPD für Januar 87 und praktisch sicherer neuer Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, lässt sich von einem SP-Genossen beraten. Der Kreuzlinger Soziologe Hermann Drummer erstellt für Raus Staatskanzlei in Düsseldorf politische Gutachten, was auch bereits den Zorn der CDU erregt hat. Drummer hat sich vor Jahresfrist noch für das Amt des Redaktors der «taz – Thurgauische Arbeiterzeitung» interessiert, die dann aber 1985 an Abonnenten- und Geldmangel gescheitert war.